

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXI
1. Teil. Zur Bearbeitung öffentlich-rechtlicher Klausuren	1
2. Teil. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts	5
1. Abschnitt. Das Urteil	5
§ 1. Übersicht	5
§ 2. Das Rubrum	5
I. Einleitung	5
II. Die Beteiligten	6
1. Die Bezeichnung der Beteiligten	6
2. Die einzelnen Beteiligten	7
3. Rechtsträger- und Behördenprinzip	8
III. Die Bezeichnung des Streitgegenstands	10
IV. Die Bezeichnung des Gerichts	10
V. Muster eines Rubrums	11
§ 3. Der Tenor	12
I. Allgemeines	12
II. Tenorierungsbeispiele	13
§ 4. Der Tatbestand	34
I. Grundsätzliches	34
II. Der Aufbau des Tatbestands	35
1. Übersicht	35
2. Der Einleitungssatz	36
3. Feststehender Sachverhalt	37
4. Die Verfahrensgeschichte	38
5. Die Klageerhebung	38
6. Das Klägervorbringen	39
7. Der Klägerantrag	39
8. Der Beklagtenantrag	41
9. Das Beklagtenvorbringen	42
10. Der Beigeladenenantrag und das Beigeladenenvorbringen	42
11. Repliken und Duplikaten	42
12. Die Prozessgeschichte	42
13. Der Schlussatz	43
§ 5. Die Entscheidungsgründe	44
I. Grundsätzliches	44
1. Der Urteilsstil	44
2. Die Rechtsansichten der Beteiligten	45
3. Aufbau und Subsumtion	46
4. Die Darstellung von Meinungsstreiten	46
5. Richtige Schwerpunktbildung	48
6. Die Beweiswürdigung	48
II. Die Erörterung spezieller Prozessfragen	49
III. Auslegung des Klagebegehrens und Klageänderung	52
1. Die Ermittlung des Klagebegehrens	52
2. Die Klageänderung	54
IV. Die Bekanntgabe des Ergebnisses	56

V. Die Zulässigkeit der Klage	56
1. Allgemeines	56
a) Zur Notwendigkeit von Ausführungen	56
b) Objektive und subjektive Klagehäufung	57
c) Zur Reihenfolge der Prüfung	58
2. Der Verwaltungsrechtsweg	59
a) Zur Notwendigkeit von Ausführungen	59
b) Verwaltungsrechtsweg kraft rechtswegüberschreitender Sachkompetenz	59
c) Bedeutung des § 17a GVG	60
d) Formulierungsbeispiel	62
e) Abgrenzung zum Zivilrechtsweg	64
f) Nichtverfassungsrechtliche Streitigkeit	68
g) Aufdrängende Sonderzuweisungen	69
h) Sonderzuweisung für Justizverwaltungsakte	69
i) Abdrängende Sonderzuweisung nach Landesrecht	71
j) Die Rechtswegzuweisung nach § 40 Abs. 2 S. 1 VwGO	72
k) Aufrechnung mit einer rechtswegfremden Forderung	74
l) Rechtsweg bei Haupt- und Hilfsantrag	75
3. Ordnungsgemäße Klageerhebung	75
a) Die Form der Klageerhebung	75
b) Der Inhalt der Klageschrift	78
c) Bedingungslosigkeit der Klageerhebung	79
4. Die statthafte Klageart	80
a) Die Anfechtungsklage	80
b) Die Verpflichtungsklage	91
c) Die allgemeine Leistungsklage	92
d) Die Fortsetzungsfeststellungsklage	93
e) Die Feststellungsklage	95
5. Die Klagebefugnis	100
a) Aktive Prozessführungsbefugnis	100
b) Möglichkeit einer subjektiven Rechtsverletzung	100
c) Anfechtungsklage	103
d) Verpflichtungsklage	109
e) Fortsetzungsfeststellungs-, Feststellungs- und Leistungsklage	110
f) Verfahrensvorschriften als subjektiv-öffentliche Rechte	111
g) Verwirkung der Klagebefugnis	111
h) Abweichende gesetzliche Regelungen	111
6. Das Rechtsschutzbedürfnis	113
a) Allgemeines	113
b) Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Leistungsklage	113
c) Feststellungs- und Fortsetzungsfeststellungsklage	114
7. Die ordnungsgemäße Durchführung des Vorverfahrens	118
a) Erforderlichkeit des Vorverfahrens	118
b) Gesetzliche Ausnahmen von der Erforderlichkeit des Vorverfahrens	119
c) Der Fortsetzungsfeststellungswiderspruch	120
d) Sacheinlassung durch den Beklagten	121
e) Verzicht auf die Durchführung des Vorverfahrens	122
f) Sachentscheidung durch Widerspruchsbehörde trotz Verfristung	123
g) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	123
h) Die Untätigkeitsklage	124
8. Die Einhaltung der Klagefrist	125
a) Die Klagefrist	125
b) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	130
c) Keine Klagefrist bei vorprozessual erledigten Verwaltungsakten	132
9. Die Beteiligungs- und Prozessfähigkeit	132
10. Ordnungsgemäße Vertretung	134
11. Die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts	134

VII. Die Begründetheit der Klage	134
1. Die Aktiv- und Passivlegitimation	134
2. Die Begründetheit der Anfechtungsklage	138
a) Gegenstand der Anfechtungsklage	138
b) Der Obersatz	139
c) Die Benennung der Rechtsgrundlage	140
d) Die Wirksamkeit der Rechtsgrundlage	141
e) Die Prüfung der formellen Rechtmäßigkeit	144
f) Die Prüfung der materiellen Rechtmäßigkeit	145
g) Formulierungsbeispiel zur Begründetheitsprüfung	159
h) Die <i>reformatio in peius</i>	161
3. Die Begründetheit der Verpflichtungsklage	167
a) Der Obersatz	167
b) Die Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen	167
c) Maßgeblicher Zeitpunkt der Sach- und Rechtslage	168
d) Herstellung der Spruchreife	169
e) Subjektive Rechtsverletzung	170
f) Formulierungsbeispiele	170
4. Die Begründetheit der Leistungsklage	171
a) Folgenbeseitigungsanspruch/öffentlicht-rechtlicher Abwehr- anspruch/öffentlicht-rechtlicher Unterlassungsanspruch	171
b) Der öffentlich-rechtliche Erstattungsanspruch	172
5. Die Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	173
6. Die Begründetheit der Feststellungsklage	174
VIII. Die Begründung der Nebenentscheidungen	176
§ 6. Rechtsmittelbelehrung und Unterschriften der Richter	178
§ 7. Der Streitwertbeschluss	179
2. Abschnitt. Der Gerichtsbescheid	180
3. Abschnitt. Der Beschluss im vorläufigen Rechtsschutzverfahren	182
§ 8. Allgemeines	182
§ 9. Der Aufbau des Beschlusses	184
§ 10. Das Rubrum	184
§ 11. Der Tenor	185
I. Allgemeines	185
II. Tenorierungsbeispiele	185
§ 12. Die Gründe	198
I. Die Darstellung des Sach- und Streitstands	198
II. Die rechtliche Würdigung	200
§ 13. Rechtsmittelbelehrung und Unterschriften der Richter	202
§ 14. Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	202
I. Einleitung	202
II. Die Zulässigkeitsprüfung	202
III. Die Begründetheitsprüfung	204
1. Der richtige Antragsgegner	204
2. Die formelle Rechtmäßigkeit der Anordnung der sofortigen Vollzie- hung	205
a) Das Begründungserfordernis nach § 80 Abs. 3 S. 1 VwGO	205
b) Anhörung vor der Anordnung der sofortigen Vollziehung?	207
3. Die materielle Begründetheit	207
a) Der Prüfungsumfang des Gerichts	207
b) Die Prüfung der offensichtlichen Rechtmäßigkeit des VA	210
c) Das besondere Vollzugsinteresse	211
d) Formulierungsbeispiel	212

§ 15. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung	215
I. Der Anwendungsbereich des § 80 Abs. 5 S. 1 Alt. 1 VwGO	215
II. Die Prüfung des Antrags auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung ..	217
1. Die Zulässigkeitsprüfung	217
2. Die Begründetheitsprüfung	218
3. Formulierungsbeispiel	220
§ 16. Die gerichtliche Feststellung der aufschiebenden Wirkung bei faktischer Vollziehung des VA	221
I. Statthafte Antragsart	221
II. Der Aufbau des Beschlusses	222
III. Formulierungsbeispiel	222
§ 17. Das vorläufige gerichtliche Rechtsschutzverfahren beim VA mit Doppelwirkung	224
I. Einleitung	224
II. Das vorläufige Rechtsschutzverfahren mit dem Ziel der Anordnung der aufschiebenden Wirkung	225
1. Die Zulässigkeitsprüfung	225
2. Die Begründetheitsprüfung	226
3. Formulierungsbeispiel	227
III. Das vorläufige Rechtsschutzverfahren mit dem Ziel der Aufhebung der Anordnung der sofortigen Vollziehung	228
1. Die Zulässigkeitsprüfung	228
2. Die Begründetheitsprüfung	228
3. Formulierungsbeispiel	229
IV. Das vorläufige Rechtsschutzverfahren mit dem Ziel der Anordnung der sofortigen Vollziehung	230
1. Der gerichtliche Entscheidungsmaßstab	230
2. Formulierungsbeispiel für einen Antrag nach § 80a Abs. 3 iVm Abs. 1 Nr. 1 VwGO	230
3. Formulierungsbeispiel für einen Antrag nach § 80a Abs. 3 iVm Abs. 2 VwGO	231
§ 18. Die Aufhebung der Vollziehung nach § 80 Abs. 5 S. 3 VwGO	232
§ 19. Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO	233
I. Allgemeines	233
1. Typische Klausurthemen	233
2. Das Verfahren nach § 123 VwGO	233
II. Der Aufbau des Beschlusses nach § 123 VwGO	234
1. Die Zulässigkeitsprüfung	234
2. Die Begründetheitsprüfung	236
a) Der richtige Antragsgegner	236
b) Unterscheidung von Sicherungsanordnung und Regelungsanordnung	236
c) Glaubhaftmachung von Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund	237
d) Keine Vorwegnahme der Hauptsache	238
e) Reihenfolge der Prüfung	239
f) Der rechtliche Prüfungsmaßstab	240
g) Formulierungsbeispiel für eine Regelungsanordnung	243
§ 20. Das Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO	244
4. Abschnitt. Sonstige Beschlüsse des Verwaltungsgerichts	246
§ 21. Der Beschluss bei übereinstimmender Erledigung der Hauptsache	246
I. Das Verfahren bei übereinstimmender Erledigungserklärung	246
II. Der Aufbau des Beschlusses	247
III. Formulierungsbeispiel	248

§ 22. Die Vorabentscheidung über die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges ...	249
I. Voraussetzungen für eine Vorabentscheidung	249
II. Der Aufbau des Beschlusses	249
III. Formulierungsbeispiel für einen Verweisungsbeschluss	250
§ 23. Der Vorlagebeschluss	252
I. Der Vorlagebeschluss an das BVerfG	252
II. Der Vorlagebeschluss an den EuGH	253
§ 24. Der Prozesskostenhilfebeschluss	254
I. Allgemeines	254
II. Aufbau des Beschlusses	255
III. Formulierungsbeispiel	256
3. Teil. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts	259
1. Abschnitt. Das Normenkontrollurteil nach § 47 VwGO	259
§ 25. Allgemeines	259
§ 26. Das Rubrum	260
§ 27. Der Tenor	260
§ 28. Der Tatbestand	261
§ 29. Die Entscheidungsgründe	261
I. Die Zulässigkeit des Normenkontrollantrags	262
1. Die Statthaftigkeit des Antrags	262
2. Zuständigkeit des Oberverwaltungsgerichts	264
3. Partei- und Prozessfähigkeit	265
4. Die Antragsbefugnis	265
5. Das Rechtsschutzinteresse	270
6. Form und Frist	270
II. Die Begründetheit des Normenkontrollantrags	271
1. Allgemeines	271
2. Die Passivlegitimation	272
3. Die formelle Wirksamkeit der Rechtsnorm	272
a) Kommunalrechtliche Verstöße beim Zustandekommen des Bebauungsplans	273
b) Ordnungsgemäße Ausfertigung des Bebauungsplans	273
c) Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials	273
d) Sonstige formelle Fehler	277
e) Beachtlichkeit der Verfahrensfehler	277
4. Die materielle Wirksamkeit der Rechtsnorm	278
5. Die Nebenentscheidungen	279
§ 30. Die Rechtsmittelbelehrung	279
§ 31. Die Streitwertfestsetzung	279
§ 32. Formulierungsbeispiel	280
2. Abschnitt. Der Normenkontrollbeschluss nach § 47 VwGO	282
3. Abschnitt. Die einstweilige Anordnung im Normenkontrollverfahren	283
4. Abschnitt. Das Berufungszulassungsverfahren	284
§ 33. Allgemeines	284
§ 34. Das Rubrum	285
§ 35. Der Tenor	286
§ 36. Die Gründe	287
I. Die Darstellung des Sach- und Streitstands	287
II. Die rechtliche Würdigung	287
1. Die Zulässigkeit des Berufungszulassungsantrags	288
a) Die Statthaftigkeit des Antrags	288
b) Die Form des Zulassungsantrags	288

c) Einhaltung der Antragsfrist	288
d) Beschwer	289
e) Darlegung der Zulassungsgründe	290
2. Die Begründetheit des Zulassungsantrags	291
a) Der Zulassungsgrund des § 124 Abs. 2 Nr. 1 VwGO	291
b) Der Zulassungsgrund des § 124 Abs. 2 Nr. 2 VwGO	294
c) Die Zulassungsgründe des § 124 Abs. 2 Nr. 3 und Nr. 4 VwGO	295
d) Der Zulassungsgrund des § 124 Abs. 2 Nr. 5 VwGO	296
3. Die Nebenentscheidungen	297
§ 37. Die Rechtsmittelbelehrung	297
§ 38. Formulierungsbeispiel	298
5. Abschnitt. Die Beschwerde	301
§ 39. Allgemeines	301
§ 40. Das Rubrum	301
§ 41. Der Tenor	301
§ 42. Die Gründe	302
I. Die Darstellung des Sach- und Streitstands	302
II. Die rechtliche Würdigung	302
1. Die Zulässigkeit der Beschwerde	302
2. Die Begründetheit der Beschwerde	304
§ 43. Formulierungsbeispiel	305
6. Abschnitt. Berufung und Revision	310
4. Teil. Die verwaltungsbehördlichen Entscheidungen	313
1. Abschnitt. Der Widerspruchsbescheid	313
§ 44. Allgemeines	313
§ 45. Der Eingangsteil	314
I. Der Eingangsteil in der Bescheidform	314
II. Der Eingangsteil in der Beschlussform	315
§ 46. Der Tenor	316
I. Allgemeines	316
II. Tenorierungsbeispiele	317
§ 47. Die Sachverhaltsdarstellung	322
§ 48. Die rechtliche Würdigung	324
I. Übersicht	324
II. Die Bekanntgabe des Ergebnisses	324
III. Die Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde	324
IV. Die Zulässigkeit des Widerspruchs	326
1. Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges	326
2. Die Stathaltigkeit des Widerspruchs	326
3. Die Widerspruchsbefugnis	327
4. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen	328
5. Das allgemeine Widerspruchsinteresse	328
6. Form und Frist des Widerspruchs	328
V. Die Begründetheit des Anfechtungswiderspruchs	331
1. Die formelle Rechtmäßigkeit des Ausgangsbescheids	331
a) Zur Notwendigkeit von Ausführungen	331
b) Zuständigkeit der Ausgangsbehörde	331
c) Anhörung vor Erlass des Verwaltungsakts	331
d) Die Begründung des Verwaltungsakts	333
e) Die Bekanntgabe des Verwaltungsakts	333
2. Die materielle Rechtmäßigkeit des Ausgangsbescheids	334
3. Die Einschränkung der Prüfungskompetenz der Widerspruchsbehörde	337

4. Die reformatio in peius	340
5. Die Anordnung bzw. Aussetzung der sofortigen Vollziehung	340
VI. Die Begründetheit des Verpflichtungswiderspruchs	342
1. Die Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen	342
2. Die Einschränkung der Prüfungskompetenz der Widerspruchsbehörde	342
3. Die reformatio in peius	344
VII. Die Begründung der Kostenentscheidung	345
§ 49. Die Rechtsbehelfsbelehrung	345
§ 50. Die Begleitverfügungen	346
§ 51. Formulierungsbeispiel	348
2. Abschnitt. Der Abhilfebescheid	351
§ 52. Grundsätzliches	351
§ 53. Die Gestaltung des Abhilfebescheids	354
§ 54. Formulierungsbeispiel	355
3. Abschnitt. Der Vorlagebericht	358
§ 55. Grundsätzliches	358
§ 56. Formulierungsbeispiel	359
4. Abschnitt. Der Ausgangsbescheid	361
§ 57. Einführung	361
§ 58. Der Eingangsteil	361
§ 59. Der Tenor des Bescheids	363
I. Grundsätzliches	363
II. Der Hauptausspruch	363
III. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung	364
IV. Die Androhung von Zwangsmitteln	364
V. Die Kostenentscheidung	367
§ 60. Die Begründung des Bescheids	368
I. Funktion der Begründung	368
II. Die Sachverhaltsdarstellung	368
III. Die rechtliche Würdigung	369
1. Die Begründung der Hauptentscheidung	369
2. Die Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung	371
3. Die Androhung von Zwangsmitteln	371
4. Die Begründung der Kostenentscheidung	371
§ 61. Rechtsbehelfsbelehrung und Schlussformel	371
§ 62. Formulierungsbeispiel	372
5. Teil. Das öffentlich-rechtliche Gutachten	377
§ 63. Grundsätzliches	377
§ 64. Der Aufbau des öffentlich-rechtlichen Gutachtens	379
§ 65. Das Hilfsgutachten	381
6. Teil. Die öffentlich-rechtliche Anwaltsklausur	383
§ 66. Übersicht	383
§ 67. Anwaltsgutachten und Mandantenschreiben	386
I. Allgemeines	386
II. Der Aufbau des Anwaltsgutachtens	387
1. Die Sachverhaltsdarstellung	387
2. Die rechtliche Würdigung	387
3. Formulierungsbeispiel für ein Anwaltsgutachten	388

III.	Das Mandantenschreiben	390
1.	Inhalt des Mandantenschreibens	390
2.	Formulierungsbeispiel für ein Mandantenschreiben	391
§ 68.	Entwurf einer Klageschrift	393
I.	Der Eingangsteil	393
II.	Die Klagebegründung	395
1.	Die Sachverhaltsdarstellung	395
2.	Die rechtliche Würdigung	396
III.	Formulierungsbeispiel	400
§ 69.	Entwurf eines vorläufigen Rechtsschutzgesuchs	403
I.	Allgemeines	403
II.	Formulierungsbeispiel	404
§ 70.	Entwurf einer Klage- oder Antragserwiderung	407
I.	Allgemeines	407
II.	Formulierungsbeispiel	408
§ 71.	Entwurf einer Rechtsmittelbegründungsschrift	411
I.	Die Berufungszulassungsschrift	411
1.	Allgemeines	411
2.	Formulierungsbeispiel	412
II.	Die Beschwerdeschrift	415
1.	Allgemeines	415
2.	Formulierungsbeispiel	415
§ 72.	Entwurf eines Widerspruchsschreibens	420
I.	Allgemeines	420
II.	Formulierungsbeispiel	420
§ 73.	Entwurf von Rechtssätzen	422
I.	Allgemeines	422
II.	Formulierungsbeispiel	423
§ 74.	Entwurf eines Vertrages	424
I.	Allgemeines	424
II.	Beispiel	426
§ 75.	Entwurf eines Vergleichsvorschlags	428
I.	Allgemeines	428
II.	Formulierungsbeispiel	428
7. Teil.	Der öffentlich-rechtliche Aktenvortrag	433
§ 76.	Die Bedeutung des Aktenvortrags	433
§ 77.	Der öffentlich-rechtliche Aktenvortrag in der Prüfung	434
I.	Gegenstand des öffentlich-rechtlichen Aktenvortrags	434
II.	Vorbereitung auf den Aktenvortrag	434
III.	Der Vortrag in der mündlichen Prüfung	435
§ 78.	Der Aufbau des öffentlich-rechtlichen Aktenvortrags	435
I.	Die Einleitung	436
II.	Die Sachverhaltsschilderung	436
III.	Die rechtliche Würdigung	437
IV.	Der konkrete Entscheidungsvorschlag	438
§ 79.	Formulierungsbeispiel	439
8. Teil.	Arbeitshilfen – Aufbauschemata zu den verschiedenen Aufgabenstellungen ..	445
§ 80.	Entscheidungen des Verwaltungsgerichts im Hauptsacheverfahren	445
I.	Die einzelnen Sachentscheidungsvoraussetzungen	445
II.	Die einzelnen Klagearten	446
1.	Die Anfechtungsklage	446
a)	Zulässigkeit der Anfechtungsklage	446
b)	Begründetheit der Anfechtungsklage	446

2. Die Verpflichtungsklage	447
a) Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	447
b) Begründetheit der Verpflichtungsklage	447
3. Die Leistungsklage	448
a) Zulässigkeit der Leistungsklage	448
b) Begründetheit der Leistungsklage	448
4. Die Fortsetzungsfeststellungsklage	448
a) Zulässigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage	448
b) Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	448
5. Die Feststellungsklage	449
a) Zulässigkeit der Feststellungsklage	449
b) Begründetheit der Feststellungsklage	449
§ 81. Entscheidungen des Verwaltungsgerichts im vorläufigen Rechtsschutzverfahren	449
I. Die einzelnen Sachentscheidungsvoraussetzungen	449
II. Die einzelnen Antragsarten	450
1. Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 5 S. 1 Alt. 2 VwGO	450
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80 Abs. 5 S. 1 Alt. 2 VwGO	450
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 Abs. 5 S. 1 Alt. 2 VwGO	450
2. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach § 80 Abs. 5 S. 1 Alt. 1 VwGO	450
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80 Abs. 5 S. 1 Alt. 1 VwGO	450
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 Abs. 5 S. 1 Alt. 1 VwGO	451
3. Die Feststellung der aufschiebenden Wirkung bei faktischer Vollziehung des VA	451
a) Zulässigkeit des Antrags analog § 80 Abs. 5 S. 1 oder 3 VwGO	451
b) Begründetheit des Antrags analog § 80 Abs. 5 S. 1 oder 3 VwGO	451
4. Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung zugunsten des Dritten beim VA mit Doppelwirkung	452
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80a Abs. 3 VwGO	452
b) Begründetheit des Antrags nach § 80a Abs. 3 VwGO	452
5. Die Aufhebung der Anordnung der sofortigen Vollziehung des VA zugunsten des Dritten beim VA mit Doppelwirkung	452
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80a Abs. 3 S. 1 iVm Abs. 1 Nr. 1 VwGO	452
b) Begründetheit des Antrags nach § 80a Abs. 3 S. 1 iVm Abs. 1 Nr. 1 VwGO	452
6. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung beim VA mit Doppelwirkung zugunsten des Begünstigten	453
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80a Abs. 3 S. 1 iVm Abs. 1 Nr. 1 VwGO	453
b) Begründetheit des Antrags nach § 80a Abs. 3 S. 1 iVm Abs. 1 Nr. 1 VwGO	453
7. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung des VA mit Doppelwirkung zugunsten des Dritten	453
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80a Abs. 3 S. 1 iVm Abs. 2 VwGO	453
b) Begründetheit des Antrags nach § 80a Abs. 3 S. 1 iVm Abs. 2 VwGO	453
8. Die Aufhebung der Vollziehung nach § 80 Abs. 5 S. 3 VwGO	454
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 80 Abs. 5 S. 3 VwGO	454
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 Abs. 5 S. 3 VwGO	454
9. Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO	454
a) Zulässigkeit des Antrags nach § 123 VwGO	454
b) Begründetheit des Antrags nach § 123 VwGO	454
10. Das Abänderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO	455
a) Zulässigkeit des Abänderungsantrags	455
b) Begründetheit des Abänderungsantrags	455

§ 82. Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts	455
I. Die Normenkontrollentscheidung nach § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO	455
1. Zulässigkeit des Normenkontrollantrags	455
2. Begründetheit des Normenkontrollantrags	456
II. Die Normenkontrollentscheidung nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO	457
1. Zulässigkeit des Normenkontrollantrags	457
2. Begründetheit des Normenkontrollantrags	457
III. Die Berufungszulassung nach §§ 124, 124a VwGO	457
1. Zulässigkeit des Antrags auf Zulassung der Berufung	457
2. Begründetheit des Antrags auf Zulassung der Berufung	457
IV. Die Beschwerde nach § 146 Abs. 1, 4 VwGO	458
1. Zulässigkeit der Beschwerde	458
2. Begründetheit der Beschwerde	458
§ 83. Entscheidungen im Verwaltungsverfahren	458
I. Der Widerspruchsbescheid	458
1. Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde	458
2. Zulässigkeit des Widerspruchs	458
3. Begründetheit des Anfechtungswiderspruchs	459
4. Begründetheit des Verpflichtungswiderspruchs	459
II. Der Ausgangsbescheid	460
1. Zuständigkeit der Ausgangsbehörde zum Erlass des Bescheids	460
2. Der belastende Verwaltungsakt	460
3. Der (begehrte) begünstigende Bescheid	461
Sachverzeichnis	462